

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeigenpreise die Anzeigenpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge 25 Pfennige, aus dem Erzgebirge 25 Pfennige, aus dem Erzgebirge 25 Pfennige, aus dem Erzgebirge 25 Pfennige, aus dem Erzgebirge 25 Pfennige.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 174

Mittwoch, den 27. Juli 1932

27. Jahrgang

# Ende des Ausnahmezustandes in Berlin und Brandenburg

## Durch Notverordnung aufgehoben

Berlin, 26. Juli. Die neue Notverordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Berlin und der Provinz Brandenburg ist heute unterzeichnet und amtlich veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich: Die Verordnung betr. Wiederherstellung der

öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Brandenburg vom 20. Juli 1932 wird mit Wirkung vom 26. Juli 1932, 12 Uhr mittags, aufgehoben. Berlin, 26. Juli 1932. v. Hindenburg, v. Papen, v. Gayl, v. Schleicher.

mann, ein ehemaliger Lehrer aus Aachen, erschossen. Der Täter, der bekannt sein soll, wird von der Polizei gesucht.

### Blutige Zusammenstöße in Koblenz

Koblenz, 26. Juli. Zwischen uniformierten Nationalsozialisten und Andersgesinnten kam es gestern abend zu schweren Schlägereien. Dabei wurde ein Parteiloser durch drei Stiche in den Kopf verletzt. Das Ueberfallkommando kletterte die betreffenden Straßenzüge. Beim Abdrücken stieß das Kommando auf einen anrückenden Trupp uniformierter Nationalsozialisten. Die Polizei nahm die Nationalsozialisten fest, bei denen zwei scharf geladene Trommelrevolver, eine Pistole, zwei Totschläger und eine Stilmasse gefunden wurden. Die Nationalsozialisten wurden verhaftet.

### Politische Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 25. Juli. Die Zwischenfälle in der Raunynstraße setzten sich auch in den Abendstunden fort. Gegen Mitternacht wurde eine Autostreife der Polizei aus einem Hause mit Steinen beworfen, wodurch ein Beamter an der rechten Hand verletzt wurde. Die Beamten gaben darauf einige Schüsse ab, durch die jedoch niemand getroffen wurde. Einer der Steinwerfer wurde festgenommen.

An der Ecke Raunyn- und Manteuffelstraße versuchten mehrere Kommunisten, ein Hindernis auf der Straße aus dort aufgestapeltem Baumaterial zu errichten. Die Polizei nahm neun Personen fest, die der politischen Polizei zugeführt wurden.

In den späteren Abendstunden wurde wiederum eine größere Anzahl von Sitzsäulen in Brand gesteckt. Die Täter sind unerkannt entkommen.

### Kommunistische Demonstrationen und Ueberfälle auf Nationalsozialisten

Berlin, 25. Juli. Während in den letzten Tagen überall in Berlin Ruhe herrschte, kam es heute abend an mehreren Stellen der Stadt zu Zusammenrottungen von Kommunisten und zu Ueberfällen auf Nationalsozialisten. Diese plötzlichen Zusammenrottungen fanden fast alle zu gleicher Zeit statt. Gegen Abend zogen etwa 1000 Kommunisten eine Straße im Norden Berlins entlang. In einer Straßenkreuzung wurden sie von Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben. Ein Beamter mußte in der Notwehr von der Waffe Gebrauch machen. Ein Angreifer trug einen Brustschuß davon.

Zu ähnlichen Zusammenrottungen kam es auch in anderen Straßen des Nordens, wo die Polizei wiederholt eingreifen mußte. Um die gleiche Zeit wurden an verschiedenen Orten einzelne Nationalsozialisten von Kommunisten angegriffen und verletzt.

### Schlägerei zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und NSDAP-Leuten

Wolfsenbüttel, 25. Juli. In Weiferde kam es gestern abend zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und Nationalsozialisten, in dessen Verlauf einige Schüsse fielen. An der Schlägerei beteiligten sich etwa 200 Personen. 12 Personen erlitten Verletzungen, vier von ihnen, zwei Reichsbannerleute und zwei Nationalsozialisten, mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

### Aus dem Reichskabinett

Berlin, 25. Juli. Das Reichskabinett ist heute vormittag, wie angekündigt, um 11.30 Uhr zu einer Sitzung zusammengesetzt, in der neben der Berichterstattung des Reichsfinanzlers über die Stuttgarter Länderkonferenz und einer Besprechung der für heute nachmittag vorgesehenen Tagung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages wie angekündigt auch die wirtschaftlichen Aufgaben der Reichsregierung auf der Tagesordnung stehen. Im Zusammenhang mit diesen Fragen wird von unterrichteter Seite betont, daß in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nichts von irgendwelchen Zwangsanleiheplänen enthalten ist. Im übrigen trifft es auch nicht zu, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Reichskommissar oder als Treuhänder der Reichsregierung für die Welfenkirchener Bergwerksangelegenheit eingesetzt werden soll. Allerdings wird die Reichsregierung die ganzen in der letzten Zeit verfolgten Reichsbeteiligungen an den verschiedenen Betrieben in den Kreis ihrer Beratungen einbeziehen.

### Die ehemaligen preussischen Minister zur Leipziger Entscheidung

Berlin, 25. Juli. Die ehemaligen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums veröffentlichten durch den Sozialdemokratischen Pressedienst eine Erklärung zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofes, wobei im wesentlichen die bereits von dem Vertreter Preußens in der Verhandlung geltend gemachten Erwägungen wiederholt werden. Auch werden Bedenken dagegen erhoben, daß vorläufig ein die Beamten in Gewissenskonflikte versetzender Schwerezustand andauere.

### Aufklärungsarbeit für nationale Sicherheit

Berlin, 25. Juli. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände, die Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverfassung und der Deutsche Reichskriegerbund „Koffhäuser“ haben im Hinblick auf den Vertragsschluß der Genfer Abrüstungskonferenz als Ausdruck des deutschen Rechtsanspruches auf Gleichberechtigung einen „Aufklärungsausschuß für nationale Sicherheit“ ins Leben gerufen.

### Reichsbanner-Bundeszeitung erscheint wieder

Der 4. Straßensatz des Reichsgerichts hat in seiner gestrigen Verhandlung über die Beschwerde der Schriftleitung der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ entschieden, daß der Beschwerde nicht stattgegeben werden kann, hat jedoch die Verbotfrist bis auf Donnerstag, den 28. Juli, begrenzt, so daß die nächste Nummer der Bundeszeitung „Das Reichsbanner“ am kommenden Sonnabend wieder erscheinen kann.

### Brüning im Ruhrgebiet

Bochum, 25. Juli. In einer von 40 000 Personen besuchten Massenkundgebung der Zentrumspartei im Turn- und Sport-Stadion sprach Reichsfinanzler a. D. Dr. Brüning heute abend auch hier. In seiner Rede wandte er sich gegen Pressekommentare über das Ergebnis von Lausanne, in denen verschleiert behauptet worden sei, er trage an dem Ergebnis der Lausanner Konferenz irgendeine Mitverantwortung. Er betonte mit erhobener Stimme, daß er niemals ein Angebot von vier Milliarden gemacht habe und daß auch niemals ein Vermittler dazu autorisiert worden sei, ein solches Angebot zu machen. Weiter erklärte Brüning, daß das politische System mit der Lage der Wirtschaft nichts zu tun habe. Dieses politische System sei nicht verantwortlich für die Tatsache, daß viele Führer der Wirtschaft in ihren Maßnahmen die wirklich vorhandene wirtschaftliche Lage nicht richtig eingeschätzt hätten. Das System sei auch nicht dafür verantwortlich, daß es zu einer Bankenkrisis gekommen sei, und auch nicht dafür, daß die Wirtschaft in den letzten Jahren in eine so schwierige Lage hineingekommen sei. Das Zentrum

werde den von ihm eingeschlagenen Weg ohne Rücksicht auf Verleumdung und Verhöhnung seitens der radikalen Rechten und Linken weitergehen.

### Polizei von Kommunisten beschossen

#### Eine Frau schwer verletzt

Berlin, 25. Juli. In der Raunynstraße kam es heute abend zu schweren Ausschreitungen der Kommunisten gegen die Polizei. In einem Hause erregte eine Halenkreuzfahne den Unwillen der Kommunisten. Sie sammelten sich vor dem Hause, um die Fahne zu besetzen. Nach ehe sie in das Haus eindringen konnten, erschien die Polizei. Als die Polizei im Begriff war, die Straße zu räumen, wurde sie aus den Häusern beschossen und beworfen. Die Polizei erwiderte das Feuer und stellte die Ruhe wieder her. Bald darauf wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Raunynstraße mit einem Kopfschuß schwer verletzt aufgefunden.

### Politischer Mord in Köln

Köln, 26. Juli. Heute früh gegen 1 1/2 Uhr kam es auf dem Neumarkt in Köln zu einer Anrennerei zwischen politischen Gegnern. Acht junge Leute, die zum Teil parteilos waren und sich über politische Tagesfragen unterhielten, wurden plötzlich von Nationalsozialisten unermittelt angegriffen. Nach kurzem Wortwechsel fiel plötzlich ein Schuß, dem ein junger parteiloser Mann zum Opfer fiel. Der Verunglückte wurde sterbend in das Bürgerhospital eingeliefert, wo er kurz darauf seinen Verletzungen erlag. Der Tat dringend verdächtig ist der aus der Schlägerei im Kölner Weinhäus Deis bekannte Nationalsozialist Fruch, der kurz nach der Tat auf der Flucht zum Kölner Braunen Haus, das unweit von dem Schauplatz steht, verhaftet wurde. Das Ueberfallkommando nahm auch die übrigen an der Anrennerei Beteiligten fest.

### Blutige Auseinandersetzung mit Kommunisten in Trier

Trier, 25. Juli. Zwei mit Fahrrädern auf einer Straße befindliche Polizeibeamte in Zivil würden in der vergangenen Nacht von vier Männern, die sich hinter Bäumen versteckt hielten, mit Rufen „Halt! Rot Front! Heil Moskau!“ empfangen. Es kam zu einer Auseinandersetzung. Einer der Beamten, der mit einer Pistole bedroht wurde, streckte den Angreifer durch einen Kopfschuß nieder. Der Erschossene ist der Sohn eines ehemaligen kommunistischen Stadtverordneten.

### Ein Nationalsozialist in Jülich erschossen

Jülich, 25. Juli. Eine nationalsozialistische Klebekolonne stieß hier gestern vormittag mit einem Trupp Kommunisten zusammen. Dabei wurde der SS-Mann Wald-

# Reichswehr gegen jede Gewalt

## Die Reichsregierung im Ueberwachungsausschuß des Reichstages — Schleicher über die Haltung der Reichswehr — Der Ausschuh verlangt Aufhebung der Notverordnungen

Berlin, 26. Juli. Zu der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, die um 2 Uhr nachmittags begann, waren die Vertreter der Nationalsozialisten, der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und des Landvolkes wieder nicht erschienen, ebenso nicht die Wirtschaftspartei. Dagegen nahm Abg. v. Lindener-Wildau (Kons.) an der Sitzung wieder teil. Die drei Vertreter der Reichsregierung, Reichsfinanzler von Papen, Reichswehrminister Schleicher und Reichsinnenminister von Gayl, deren Anwesenheit der Ausschuh gewünscht hatte, waren pünktlich zur Stelle. Mit ihnen erschien ein großer Stab von Ministerialbeamten, insbesondere die Sachreferenten der Ministerien für die einzelnen vom Ausschuh zu behandelnden Materien. Auch der

Reichsrat war in der Montagssitzung sehr zahlreich vertreten. Für das Reichstagspräsidium wohnte Vizepräsident von Kardorff der Sitzung bei. Auf der Tagesordnung standen zunächst die Anträge zu den Notverordnungen vom 20. Juli 1932 über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und über den Ausnahmezustand. Der Zentrumsantrag verlangt die Aufhebung beider Notverordnungen. Ein Antrag der Kommunisten fordert die Zurückziehung des Reichskommissars für Preußen und der kommissarischen preussischen Regierung, die Aufhebung des Belagerungszustandes, des Demonstrationsverbotes, der Befugung der kommunistischen City-Druckerei in Berlin, des Verbotes kommunistischer Zeitungen, Versammlungen, Klatsche und Flugblätter. Der sozialdemokratische